

*Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 20. Mai 1984*

*\*Analyse de la votation fédérale du 20 mai 1984*

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein
Initiative gegen den Missbrauch des Bankgeheimnisses und der Bankenmacht .....	27.0%	73.0%
Initiative gegen den Ausverkauf der Heimat .....	48.9%	51.1%
Stimmbeteiligung 41.9%		

Inhalt	Seite
Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 20. Mai 1984/ Ergebnisse einer Repräsentativumfrage in der deutschen und französischen Schweiz .....	3
1 Stimmbeteiligung, Mobilisierung und Zusammenhänge zwischen den beiden Vorlagen .....	3
2 Banken-Initiative .....	6
2.1 Die Konfliktfronten - Das Stimmverhalten der einzelnen Merkmalsgruppen .....	7
2.2 Spontan geäußerte Entscheidungsmotive .....	9
2.3 Informationsstand über den Inhalt der Banken-Initiative .....	12
2.4 Generelle Meinungen zu den Banken und zu den Inhalten der Banken-Initiative .....	15
3 Ausverkauf der Heimat .....	19
3.1 Die Konfliktfronten - Das Stimmverhalten der einzelnen Merkmalsgruppen .....	19
3.2 Spontan geäußerte Entscheidungsmotive .....	22
3.3 Ausgewählte Meinungen zum Grundstücksverkauf an Ausländer .....	23
Zusammenfassende Interpretation der Hauptergebnisse .....	25
*Récapitulation des résultats principaux .....	27

Tabelle 1 Die effektiven Abstimmungsresultate

	Banken- Initiative (ja in %)	Ausverkauf der Heimat (ja in %)	Stimme- teiligung (in %)
CH .....	27.0	48.9	41.9
ZH .....	29.8	57.4	47.7
BE .....	35.0	58.2	39.1
LU .....	24.7	45.7	44.7
UR .....	29.1	47.9	40.8
SZ .....	20.4	45.8	44.1
OW .....	18.9	42.1	37.2
NW .....	21.8	45.5	42.0
GL .....	24.2	44.7	41.4
ZG .....	22.7	49.4	49.0
FR .....	19.8	34.7	34.9
SO .....	31.5	55.7	48.2
BS .....	37.1	57.5	44.4
BL .....	32.4	54.1	45.3
SH .....	33.5	58.4	72.2
AR .....	23.2	51.3	47.5
AI .....	12.7	37.7	40.5
SG .....	22.8	51.0	38.1
GR .....	25.0	41.2	35.0
AG .....	27.8	56.0	38.9
TG .....	23.5	50.8	42.1
TI .....	21.1	37.5	43.7
VD .....	21.7	35.1	35.4
VS .....	10.6	15.6	41.1
NE .....	24.8	34.6	53.6
GE .....	18.2	36.1	43.3
JU .....	20.4	24.5	33.7

# Nachanalyse der eidgenössischen Volksabstimmung vom 20. Mai 1984

Ergebnisse einer Repräsentativumfrage in der deutschen und französischen Schweiz

«Einmal knapp, einmal klar», dies war der Grundton der Abstimmungskommentare zur Ablehnung beider Volksbegehren am 20. Mai. Die von den Bundesbehörden erhoffte doppelte Verwerfung wurde jedoch nicht von allen politischen Kräften gleich beurteilt: Bedauerten die Initianten das Scheitern ihrer Vorlagen, so waren für absolute Gegner mit dem Volksentscheid die Themenbereiche «Banken» und «Grundstückverkauf an Ausländer» von der Traktandenliste öffentlicher politischer Kontroversen gestrichen worden. Die zuständigen Bundesräte betonten ihrerseits, das Nein zu den Verfassungsvorschlägen öffne den Weg für vorbereitete oder in Aussicht gestellte gesetzliche Revisionen.

Wie sind die Entscheide zustande gekommen? Wie waren sie über ausgewählte Bevölkerungsgruppen hinweg verteilt? Mit welchen Argumenten wurden sie begründet? Vor welchem Informationshintergrund wurde der Entschluss gefasst? Wie lassen sich Grundstimmungen in beiden Themenbereichen beschreiben?

Diesen Fragen geht die nachfolgende Vox-Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 20. Mai 1984 aufgrund einer repräsentativen Nachbefragung der stimmberechtigten Bevölkerung in der deutschen und französischen Schweiz nach.

## *1) Stimmbeteiligung, Mobilisierung und Zusammenhang zwischen den beiden Vorlagen*

Mit 41,9% war die Beteiligung bei den eidgenössischen Volksabstimmungen vom 20. Mai weder überraschend hoch noch auffallend tief. Die Quote lag durchaus im Mittel der vergangenen Jahre.

Wie die Nachanalysen der eidgenössischen Urnengänge in der Regel ergeben, bezeichnen sich rund 30% der stimmberechtigten Bevölkerung als regelmässige Urnengänger; die verbleibenden zwei Drittel sind in ihrer Mehrzahl potentiell teilnehmende Bürger, in ihrer Minderzahl regelmässig politisch Abstinente. Jene machen ihre Teilnahme von der wahrgenommenen Betroffenheit, dem Profil ihrer Meinungsbildung und weiteren Faktoren abhängig. Dadurch variiert der Stimmkörper quantitativ von Fall zu Fall. Qualitativ ergeben sich jedoch meist ähnliche Über-, respektive Untervertretungen.

Die *Tabelle 2* zeigt die *Beteiligungquoten* aufgrund der ausgeschiedenen Merkmalsgruppen\*. Hinsichtlich der demografischen Indikatoren ergibt sich ein bekanntes Bild: Die Männer nahmen am letzten Urnengang um 14% häufiger teil als die Frauen. Bei der

---

\* Vgl. ausführlicher und hintergründiger: C. Longchamp, Analyse der Nationalratswahlen 1983 (VOX-Sondernummer), Zürich 1984.

Tabelle 2 Die Stimmbeteiligung nach Merkmalsgruppen

Merkmal	Gruppen	Abweichung zur ermittelten Stimmbeteiligung in Prozentpunkten (effekt. Beteiligung 41,9 %) (N = Befragte)	
Geschlecht	Männer		(+7)
	Frauen	(−7)	
Alter	20–39jährige	(−9)	
	40–64jährige		(+8)
	65–84jährige		(+8)
Berufliche Stellung	Selbständige / Angestellte und Beamte in leitender Position		(+9)
	Angestellte und Beamte in mittlerer Position		(+11)
	Landwirte		(+1)
	Angestellte in einfacher Position	(−8)	
	Arbeiter	(−9)	
Ausbildung	Primarschule	(−13)	
	Sekundarschule u.a.	(−2)	
	Berufs-, Gewerbeschule		(+1)
	Gymnasium, Lehrerseminar, Tech. Universität, ETH		(+17)
	Universität, ETH		(+3)
Eigentumsver- hältnisse	Eigentümer eines Einfam.hauses		(+12)
	Mieter eines Einfam.hauses	(−10)	
	Mieter eines Mehrfam.hauses	(−5)	
Siedlungsart	Städtisches Milieu	(−1)	
	Ländliches Milieu		(+2)
Sprachzugehörigkeit	Deutsche Schweiz		(+1)
	Welsche Schweiz	(−3)	
Konfessionszu- gehörigkeit	Katholische Kirche		(+2)
	Reformierte Kirche	(−1)	
Parteisympathie	CVP		(+17)
	FDP/LPS		(+19)
	SPS		(+5)
	SVP		(+7)
	(LDU/EVP)*	(−7)	
	(POCH/PDA)	(−2)	
	(GPS)		(+6)
	(NA/Vigil.)		(+21)
	Keine	(−9)	

\* Angaben zu Merkmalsgruppen, die in Klammern gesetzt sind, verstehen sich nur als Trends, da die Zahl der Befragten keine weitergehenden Schlüsse zulässt.

Altersverteilung wird ersichtlich, dass die Stimmberechtigten im Rentenalter eine kleine Ausnahme bildeten. Entgegen ihrer normalerweise mittleren Beteiligungsquote gehörten sie diesmal zu den geschlossenen Teilnehmergruppen. Die sozio-ökonomischen Indikatoren zeigen, dass mit zunehmender Schulbildung (Differenz der Extremgruppen 30%) und steigender beruflicher Position (Differenz der Extremgruppen 19%) die Partizipation zunimmt. Ebenfalls sind Hauseigentümer regelmässiger Urnengänger als Mieter von Mehr- und Einfamilienhäusern (Differenz zirka 20%). Am markantesten sind die Unterschiede bei den Parteisympathien. Die beste Mobilisierung gelang den grossen bürgerlichen Parteien und tendenziell der nationalistischen Rechten. Die Linke dagegen schwankte um den Mittelwert; nur leicht häufiger nahmen die sozialdemokratischen Sympathisanten teil. Endlich beteiligten sich Stimmberechtigte, die sich mit keiner Partei verbunden fühlen, weniger häufig.

War eine der beiden Initiativen für die hier beschriebene *Mobilisierung* verantwortlich? Diese Frage kann in der Regel nur annäherungsweise beantwortet werden. Hinweise geben jedoch die subjektive Betroffenheit durch die Vorlagen sowie die wahrgenommenen Schwierigkeiten, sich eine eindeutige Meinung zu bilden. Im Schnitt haben etwa ein Drittel der Urnengänger Mühe, zu einer bestimmten Lösungspräferenz zu gelangen. Vergleicht man die Werte für die beiden Vorlagen vom 20. Mai, so gewinnt man den Eindruck, dass es den Teilnehmenden trotz der Komplexität beider Vorlagen eher leicht fiel, sich zu entscheiden. 73% bei der Banken-Initiative und 68% bei der Vorlage gegen den Ausverkauf der Heimat äusserten sich in dieser Hinsicht. Unterscheiden sich beide Begehren diesbezüglich nur unwesentlich, so zeigt die wahrgenommene Betroffenheit ein leichtes Übergewicht zugunsten der Banken-Initiative. Potentielle Urnengänger, die sich schliesslich auch beteiligten, äusserten hier zu 17%, stark betroffen gewesen zu sein. Nur jeder Zehnte gab dieselbe Antwort bei der Initiative gegen den Ausverkauf der Heimat. Von besonderem Interesse ist schliesslich noch die Frage, ob die *Meinungsbildung* bei den beiden Gegenständen unabhängig verlief. Im Idealfall geht man davon aus, dass sich die Befürworter und Gegner einer Vorlage hinsichtlich ihres Entscheids beim andern Projekt nicht unterscheiden. Die *Tabelle 3* zeigt demgegenüber, dass dies am 20. Mai nicht der Fall war. Nimmt man die Banken-Initiative mit dem klareren Profil als Ausgangspunkt, so erweist sich, dass 62% der Gegner auch das NA-Begehren ablehnten. Noch deutlicher ist die Übereinstimmung bei den Befürwortern der Banken-Initiative; sie unterstützten zu drei Vierteln auch die zweite Vorlage. Statistisch ist der Zusammenhang zwischen der Zustimmung und Ablehnung beider Initiativen evident. Immerhin soll erwähnt werden, dass die Abweichung schliesslich grösser war, als die Abstimmungsempfehlungen der Parteien und Verbände erahnen liessen. Bei der Analyse von Konfliktlinien wird es deshalb interessant sein, Besonderheiten der beiden Volksbegehren herauszuarbeiten.

Tabelle 3 Zusammenhang der Lösungspräferenzen bei beiden Vorlagen

Ausverkauf der Heimat	Banken-Initiative		
	Ja	Nein	Leer
	(N = einzelne Lösungspräf.)		
Ja	76	36	50
Nein	23	62	50
Leer	1	2	0
TOTAL	100	100	100

## 2) Banken-Initiative

Die Banken-Initiative wurde mit 73% Nein- und 27% Ja-Stimmen deutlich verworfen. Nur die «Mitenand-Initiative» für eine neue Ausländerpolitik\* fand in den letzten Jahren eine geringere Unterstützung.

Dem klaren Verdikt der Stimmbürger über die sozialdemokratische Initiative war eine aufwandmässig ungleiche, mehrjährige und beidseitig teilweise emotional geführte Auseinandersetzung vorausgegangen. Wie nun lässt sich dieses interpretieren? Dieser Frage soll in vier Schritten nachgegangen werden:

- Welches waren die durch den Inhalt und den Abstimmungskampf politisierten *Konfliktlinien*?
- Wie lassen sich die handlungsrelevanten *Motive* beschreiben?
- Vor welchem *Wissenshintergrund* über den Inhalt der Vorlage wurde der Entschluss gefasst?
- Wie kann die *Unterstützung einzelner Initiativ-Punkte* beurteilt werden?

In unserer repräsentativen Nachbefragung verweigerte mit 6% ein üblicher Anteil Urnengänger die Antwort auf die von uns gestellte Frage nach der Lösungspräferenz; 1 weiteres Prozent gab an, bis am Schluss unentschieden gewesen zu sein und leer eingelegt zu haben. Die verbleibenden Urnengänger verteilten sich im Verhältnis von 72 zu 28, - ein Quotient, welcher der tatsächlichen Ablehnung sehr nahe kommt.

\* Vgl. VOX, Analyse der eidg. Abstimmung vom 5. April 1981, Bern 1981.

## 2.1 Die Konfliktfronten – Das Stimmverhalten nach einzelnen Merkmalsgruppen

Zur Kennzeichnung möglicher *Konfliktlinien* interessiert, wie sich bestimmte soziale und politische Gruppen verhalten haben. Die potentielle Bedeutung der ausgeschiedenen Indikatoren wird mittels «Chi-Quadrat»-Tests geprüft. Diese beziehen sich auf die Sicherheit, mit der ein in der Untersuchung festgestellter Zusammenhang auch generell angenommen werden kann. Signifikant ist eine Beziehung, wenn der Zusammenhang mit 90%iger Sicherheit (Signifikanz-Niveau unter 0.1) gilt.

Die *Tabelle 4* gibt Anhaltspunkte über das gesuchte Profil der Gegner und Befürworter der Banken-Initiative. Die auffallendsten Unterschiede resultieren bei den *Parteisympathien*. Dabei ist es allgemein sinnvoll, das Abstimmungsverhalten von drei Gruppen zu unterscheiden:

- Die *linken Sympathisanten* und die Anhänger grüner Gruppierungen stimmten mehrheitlich für das Volksbegehren. Dabei betrug die Quote der Ja-Stimmen bei der SPS 64%. Etwas geschlossener entschieden sich die Anhänger der Umweltschutzparteien. Vergleichsweise noch am Rande können der LdU und die EVP zu dieser Gruppe Urnengänger gezählt werden. Ihre Sympathisanten verteilten sich gemäss den Tendenzen unserer Untersuchung je zur Hälfte auf die Gegner und Befürworter.
- Den zweiten Block bilden die *Anhänger der bürgerlichen Parteien*. Mit 97% ablehnenden Stimmende repräsentierten die Sympathisanten der FDP die homogenste Gruppe; 87% Nein-Stimmen bei der SVP und 79% bei der CVP deuten allerdings auch hier auf eine ziemlich geschlossene Meinungsbildung hin. Ebenfalls zu dieser Gruppe gehörten die Sympathisanten der äussersten Rechten.
- Quantitativ von spezieller Bedeutung ist jeweils die dritte Gruppe *Urnengänger*, die *keiner Partei nahesteht*. Ihr Anteil betrug unter den Teilnehmenden an der letzten Abstimmung knapp 40%. Hier fand eine Meinungsbildung statt, welche derjenigen der bürgerlichen Anhänger sehr ähnlich sieht. Mit 75% Ablehnung zählten sie mehrheitlich zum Lager der Initiative-Gegner.

Die hier beschriebenen Fronten widerspiegeln in hohem Masse die *Meinungsbildung in den verantwortlichen Parteigremien und die Parolen der gesamtschweizerischen Parteileitungen*. Bereits in dieser Phase der Entscheidungsfindung wurde absehbar, dass es der SPS nicht gelingen würde, mehr als ihr eigenes Sympathisantenpotential und die Anhängerschaft der progressiven Kleinparteien anzusprechen. Der mehrheitliche *Entscheid der parteiungebundenen Urnengänger verstärkte allerdings das Abstimmungsergebnis zuungunsten der Banken-Initiative*. Interessant ist auch, dass die Sympathisanten der äussersten Rechten trotz der Ja-Parole ihrer Partei tendenziell zu den Gegnern der Vorlage zu zählen sind. Die Anhänger des LdU und der EVP ihrerseits geben die nicht einheitliche Willensbildung in ihren Parteileitungen recht gut wider.

Wie die *Tabelle 4* zeigt, muss allerdings auch nach *Landesgegenden* eine unterschiedliche Meinungsbildung angenommen werden. Warum die welsche Schweiz schliesslich noch eindeutiger gegen die Vorlage eingestellt war, wird erst weiter unten geklärt werden können. Vorläufig soll nur die sprachspezifische Abweichung festgehalten werden.

Von den übrigen Merkmalsgruppen waren die sozio-demografischen wenig relevant. Ebenso spielte die formelle Zugehörigkeit zu einer der beiden Landeskirchen keine ent-

Tabelle 4 Das Stimmverhalten bei der Banken-Initiative nach Merkmalsgruppen

Merkmal	Gruppen	Stimmverhalten in %		Signifikanz des Merkmals in bezug auf den Entscheid Signifi- kanz- niveau	
		(N = antwortende Urnengänger) ja	nein	ja/nein	
Geschlecht	Männer	27	73	nein	
	Frauen	31	69		
Alter	20-39jährige	32	68	ja	0.05
	40-64jährige	28	72		
	65-84jährige	25	75		
Berufliche Stellung	Selbständige/Angestellte und Beamte in leitender Stellung	26	74	ja	0.01
	Angestellte und Beamte in mittlerer Stellung	40	60		
	Landwirte	15	85		
	Angestellte in einfacher Stellung	22	78		
	Arbeiter	27	73		
Ausbildung	Primarschule	28	72	ja	0.01
	Sekundarschule u.ä.	32	68		
	Berufs-, Gewerbeschule	25	75		
	Gymnasium, Lehrerseminar u.ä.	28	72		
	Universität, ETH	56	44		
Eigentumsver- hältnisse	Eigentümer Einfamilienhaus	25	75	ja	0.05
	Mieter Einfamilienhaus	33	67		
	Mieter Mehrfamilienhaus	34	66		
Siedlungsart	Städtisches Milieu	31	69	nein	
	Ländliches Milieu	25	74		
Landesteil	Deutsche Schweiz	31	69	ja	0.001
	Welsche Schweiz	21	79		
Konfessions- zugehörigkeit	Reformierte Kirche	31	69	nein	
	Katholische Kirche	26	74		
Parteisym- pathie	SPS	64	36	ja	0.001
	CVP	21	79		
	FDP/LPS	3	97		
	SVP	13	87		
	(LDU/EVP)*	50	50		
	(GPS)	75	25		
	(POCH/PDA)	64	36		
	(NA/Vigil.)	33	67		
Keine	25	75			
Politische Integration*	Hoch	23	78	nein	
	Mittel	31	69		
	Tief	38	62		
Total	erhoben	28	72		
	effektiv	27,0	73,0		

\* Angaben zu Merkmalsgruppen, die in Klammern gesetzt sind, können nur als Tendenzen interpretiert werden, da die Zahl der Befragten keine weitergehenden Schlüsse zulässt.

\*\* Zur Definition der «politischen Integration» vgl. VOX, Analyse der eidg. Abstimmung vom 13. März 1977, S. 4f.



scheidende Rolle. Hingewiesen sei jedoch auf einige spezielle Gruppen bei den *sozio-ökonomischen Indikatoren*:

- Nach dem Hauptinhalt der Initiative betrachtet, hätte eine stärkere Polarisierung bei der beruflichen Stellung erwartet werden können; mit der neuartigen Erfassung der selbständig Erwerbenden bei Steuerangelegenheiten war eine Neuverteilung kollektiver Rechte und Pflichten vorgesehen. Eigentlich nur die Angehörigen der alten Mittelschicht (Landwirte und Selbständige) stimmten jedoch erwartungsgemäss; sie konnten sich von der Bejahung des Volksbegehrens keinen Nutzen versprechen. Unterschichtsangehörige, welche von den Initianten als Zielgruppe ins Auge gefasst worden waren, lehnten das Volksbegehren im Gesamtdurchschnitt ab. Die relativ höchste Zustimmung erreichte die Vorlage mit 40% Ja-Anteil bei den Angestellten mittlerer Stellung.
- Auch bezüglich der Eigentumsverhältnisse blieb die Profilierung unter dem denkbaren Masse. Mieter von Mehr- und Einfamilienhäusern sprachen sich nur unwesentlich häufiger für die Banken-Initiative aus als Hauseigentümer.
- Schliesslich fällt noch die völlig abweichende Meinungsbildung bei den Akademikern auf. Sie stimmten zu 56% für die Banken-Initiative. Die Absolventen aller anderen Bildungswege verwarfen sie im Landesdurchschnitt.

Die *geringe Politisierung* hinsichtlich der sozio-ökonomischen Indikatoren wird auch durch eine geschlossen gestellte Frage bestätigt. Danach glaubten in der Unterschicht mit 87% genau gleich viele wie in der Gesamtbevölkerung, bei einer Annahme der Initiative persönlich nicht zu profitieren.

Diese Feststellungen brauchen nicht im Widerspruch zum Resultat zu sein, welches die Analyse nach Parteisympathien ergeben hat. Die Sozialdemokraten – historisch die politische Vertretung der Arbeiterschaft – können heute nur noch mit einem guten Drittel manuell Tätiger unter ihren Sympathisanten rechnen; davon ist noch ein namhafter Anteil im Rentenalter. Bedeutender geworden ist die Gruppe der Angestellten, welcher der Initiative teilweise weniger skeptisch gegenüberstanden. Umgekehrt gilt auch, dass gegenwärtig gut die Hälfte der Arbeiter ihren politischen Standort ausserhalb der Parteien definiert und sich politisch von Fall zu Fall entscheidet. Dieser nicht-parteegebundene Typus hat sich, wie wir gesehen haben, gegen die Initiative ausgesprochen.

## 2.2 Spontan geäusserte Entscheidungsmotive

In der direkten Demokratie besitzt die *öffentliche Meinung* einen besonderen Stellenwert. Die politische Elite ist zwischen zwei Wahlgängen sachpolitisch verpflichtet, bei der stimmberechtigten Bevölkerung nicht nur eine diffuse Unterstützung, sondern auch zu konkreten Projekten Mehrheiten zu finden. Ein Entscheid, wie er sich am Ende eines Abstimmungskampfes präsentiert, bringt jeweils handlungsrelevante Entscheidungsmotive und eher grundlegende Einstellungen zum angesprochenen Themenbereich zum Ausdruck. Diese brauchen nicht zwingend konstant verteilt zu sein. Einmal ist es möglich, dass der Abstimmungskampf vorhandene Prädispositionen verdichtet und zu speziellen Lösungspräferenzen konkretiert. Beim gegenteiligen Fall werden grundlegende Haltun-

gen durch eher kurz- oder mittelfristige, aber entscheidungswirksame Ansichten überlagert. Stabilität und Wandel von Entscheidungen werden durch den Themenbereich, seine Abstimmungsgeschichte sowie durch die Bekanntheit und Wahrnehmung in der Bevölkerung beeinflusst.

Versucht man mittels einer Nachbefragung den Entscheid zu ergründen, so können vor allem *entscheid- und handlungsrelevante Motive* gesammelt werden. Die Bedeutung von Grundhaltungen muss indirekt erschlossen werden; ihre Verteilung und ihr Einfluss können am besten mit wiederholten Befragungen im Vorfeld des Abstimmungskampfes eruiert werden.

Im Zentrum der von uns offen gestellten Fragen zu den Entscheidungsmotiven stehen sowohl bei den Gegnern als auch bei den Befürwortern die *Einschätzungen des Bankgeheimnisses, respektive der vorgeschlagenen Reformen*.

Im Detail betrachtet (vgl. *Tabelle 5*) lassen sich die *gegnerischen* Motive wie folgt beschreiben und gewichten: Es fällt auf, dass die Begründungen weniger die inhaltlichen Punkte betreffen. Vielmehr waren sie auf die Zwecke und Wirkungen der Initiative gerichtet. Weiter oben wurde dargelegt, dass es den Urnengängern subjektiv gesehen eher leicht fiel, zu einem Entscheid zu gelangen. Dem entspricht die Seltenheit fehlender Begründungen bei den Gegnern.

Die geäusserten Motive lassen sich inhaltlich in drei Hauptstossrichtungen gliedern:

- Für 13% war der Entscheid eine bewusste Manifestation der *Zufriedenheit* mit dem schweizerischen Banksystem. Für Änderungen des Status quo war aus ihrer Perspektive der Anlass nicht gegeben.
- Innerhalb der Gegnerschaft stand ihnen eine Gruppe gegenüber, welche 9% umfasste. Sie wollten *Reformen nicht ausschliessen*; die von der SPS vorgelegte Initiative ging ihnen jedoch eindeutig zu weit.
- Mit 68% zeichnet sich die grosse Mehrheit der Nein-Stimmenden durch eine klare *Abwehrhaltung* gegenüber den verfolgten und unterstellten Zwecken der Vorlage aus. Dabei ist es sinnvoll, zwei Begründungsarten zu unterscheiden: 40% äusserten sich eher in *politischer* Hinsicht; für sie wären durch die Änderung des Bankgeheimnisses Grundwerte des schweizerischen Staatsverständnisses tangiert worden. Dabei waren der Persönlichkeitsschutz und die Vorstellung der diskreten Rolle, welche der Staat gegenüber der Gesellschaft zu spielen hat, dominierende Momente. An speziellen Begründungen tauchten zwei Kernaussagen auf: Geld gehöre zur Privatsphäre, die weiterhin geschützt bleiben solle. Andere argumentierten, die Auskunftspflicht solle bleiben wie bisher; dazu bedürfe es keiner Revision des Bankgeheimnisses. Als bewusste Begründung war die Frage nebensächlich, wie weit der Bund eine zentralisierte Kontrollfunktion wahrnehmen solle. - Die zweite Richtung bei den Abwehrmotiven betrifft die *ökonomischen* Argumente (total 25% der Gegner). Dabei wurden Motive, welche speziell die Banken oder allgemein die wirtschaftliche Entwicklung betreffen, etwa gleich häufig genannt. Die Angst, eine verstärkte Kontrolle der Banken schränke ihren Handlungsspielraum ein, umfasst den Kern der Antworten; gerade in Rezessionszeiten, so die Folgerung, sei aber die erfolgreiche Tätigkeit der Banken von grosser Bedeutung. Unterschwellig mochte das angenommene Risiko vor verstärkter Arbeitslosigkeit oder verschlechtertem Zinsniveau wirksam gewesen sein.

Tabelle 5 Entscheidungsmotive bei der Banken-Initiative

*Nein-Motive*

- Zufriedenheit mit dem Status quo im Bankenwesen	13 %
- Politische Gefahren der Änderung des Bankgeheimnisses	40 %
- «Geld ist Privatsache; die Privatsphäre soll vor Staatseingriffen geschützt bleiben.» (25%)	
- «Die bisherige Auskunftspflicht genügt; das Bankgeheimnis . . . , die Dis- kretion soll bleiben.» (10%)	
- «Die Initiative ist zentralistisch, . . . ist antiföderalistisch; sie fördert den Staatseinfluss auf die Wirtschaft.» (5%)	
- Wirtschaftliche Gefahren der Änderung des Bankgeheimnisses	25 %
- «Die Initiative schadet einer erfolgreichen Branche; Geld würde anders- wohin fließen.» (14%)	
- «Die Initiative schadet der Wirtschaft; gerade heute sind wir auf die Ban- ken und ihre Kredite angewiesen.» (11%)	
- Übrige Gefahren (undifferenziert)	3 %
- Befürwortung gemässiger Reformen	9 %
- Übrige Kontra-Argumente (undifferenzierte Antworten)	7 %
- Kein Motiv, keine Angabe	3 %

*Ja-Motive*

- Steuergerechtigkeit – national	36 %
- «Die Steuerhinterziehung bekämpfen.» (19%)	
- «Gleichstellung von Arbeitnehmern und selbständig Erwerbenden fördern.» (17%)	
- Steuergerechtigkeit – international	28 %
- «Zufluss von Fluchtgeldern aus dem Ausland bekämpfen.» (18%)	
- «Anliegen der Entwicklungsländer unterstützen.» (10%)	
- Kontrolle der Bankenmacht	8 %
- Übrige Pro-Argumente (undifferenzierte Antworten)	24 %
- Kein Motiv, keine Angabe	4 %

Die *befürwortenden Motive* lassen sich ebenfalls in Gruppen zusammengefasst be-  
schreiben:

- Bei der *zentralen Argumentation*, welche die *Steuergerechtigkeit* beinhaltet, über-  
wogen die *innenpolitischen Aspekte* (36% der Befürworter). Dabei lässt sich die Viel-

zahl der Begründungen auf zwei Antworttypen reduzieren: Knapp ein Fünftel der Ja-Stimmenden sahen in der Unterstützung der Banken-Initiative einen Beitrag zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung. Eher zurückhaltend formulierten es andere, indem sie bei der steuerlichen Erfassung die Gleichstellung der selbständig Erwerbenden mit den Arbeitnehmern betonten.

- Wer die *ausserpolitischen Aspekte* der Steuergerechtigkeit hervorhob (28% der Befürworter), begründete dies primär mit dem Kampf gegen die Kapitalflucht. Schliesslich fanden sich auch Argumente, welche allgemeiner waren und das Ansehen der Schweiz in der Dritten Welt oder die Förderung der Beziehungen mit diesen Ländern ins Zentrum stellten.
- Aus den verbleibenden Motiven liess sich mit einer Nennhäufigkeit von 9% noch eine letzte grössere Gruppe bilden. Diese Befürworter beurteilten die *Kontrolle der Banken* durch den Staat positiv und unterstützten aus diesem Grund die Initiative.
- Immerhin ein Viertel aller Pro-Argumente blieben eher *undifferenziert* («Die Initiative ist gut, wichtig, nötig, ...»), sodass eine sinnvolle Zuordnung zu bestimmten Motivgruppen nicht möglich war.

Bei der Analyse des Abstimmungsverhaltens nach Merkmalsgruppen haben wir die *Unterschiede in der deutschen und der welschen Schweiz* festgehalten. Die Frage stellt sich nun, ob diese durch spezifische Motivlagen erklärt werden können. Gruppiert man die geäusserten Ansichten nach Landesteilen, so bleiben die Abweichungen bei den befürwortenden Motiven gering. Sie wurden in der welschen wie auch in der deutschen Schweiz ähnlich gewichtet. Ähnlich häufig werden die politischen Abwehrmotive genannt. Praktisch vollständig wird die höhere Ablehnung im französischen Landesteil durch die markant häufiger genannte *Angst vor negativen wirtschaftlichen Konsequenzen* begründet (Westschweiz: 30%; Deutschschweiz: 15% der Gegner). Damit kann angenommen werden, dass die aktuelle Wirtschaftslage und ihre spezifische bewusstsensmässige Verarbeitung nach Landesteilen für die Beurteilung der Initiative mitbeeinflussend waren.

### 2.3 Informationsstand über den Inhalt der Banken-Initiative

Bis jetzt sind wir davon ausgegangen, dass alle Beteiligten den Inhalt der Banken-Initiative in der gleichen Art und Weise kannten. In diesem Abschnitt sollen diese Annahme geprüft und die Fragen gestellt werden, wie der Informationsstand zustande kam und wie weit er für den Entscheid mitbeeinflussend gewesen sein mochte.

Von der Thematik her war die Banken-Initiative eine anspruchsvolle Vorlage. Sie verlangte, rechtliche und wirtschaftliche Zusammenhänge beurteilen und mögliche Konsequenzen der vorgeschlagenen Reformen abschätzen zu können.

Bei der Analyse des Informationsstandes konnten wir uns jedoch nicht von diesen Ansprüchen leiten lassen. Vorerst interessierte unabhängig von der Qualität der Antworten, wie die *Verbreitung* der zentralen Inhalte oder Absichten der Initiative aussah (vgl. *Tabelle 6*). Dabei ergibt sich eine klare Dominanz bei der *Änderung des Bankgeheimnisses*. Mehr als zwei von drei Urnengängern nannten diese Thematik auf eine offen gestellte

Tabelle 6 Informationsstand über die Banken-Initiative

Inhalt / Absicht der Initiative	Verbreitungs- grad (N = Erstnennung bei Urnengängen)	Qualität der Antworten		
		Informationsstand ist gut	mittel	schlecht
Auskunftspflicht von Banken, Finanzgesellschaften und Treuhändern in Steuer- und Strafsachen, wo kein Lohnausweis das Einkommen belegt; Bekämpfung der Steuerhinterziehung durch eine Lockerung des Bankgeheimnisses	69 %	17 %	52 %	
Unterstützung ausländischer Strafverfahren bei Steuer- und Währungsdelikten auf Ersuchen ausländischer Regierungen; Bekämpfung der internationalen Kapitalflucht	10 %	10 %		
Publizitätspflicht der Banken über ihre Verbindungen zur Wirtschaft; Beschränkung der Bankenmacht	6 %	6 %		
Sparerversicherung im Falle von Bankzusammenbrüchen	1 %	1 %		
Übrige undifferenzierte Vorstellungen und Assoziationen (Gesetz gegen die Banken; SP-Initiative, etc.)	2 %		2 %	
Keine Kenntnisse / Keine Antwort	12 %			12 %
Informationsstand der Urnengänger	100 %	34 %	54 %	12 %

Frage! Die drei übrigen Punkte, welche die Kapitalflucht, die Kontrolle der Bankenmacht und die Sparerversicherung betrafen, waren dagegen nur bei ausgewählten Gruppen bekannt.

In der Regel erweist sich jedoch, dass die *Qualität* der Antworten sehr unterschiedlich ist. Deshalb lohnt es sich auch, das Wissen in einem zweiten Umgang zu bewerten\*. Die Besonderheit bei der Banken-Initiative liegt darin, dass sich die undifferenzierten oder unzureichenden Antworten bei einem Punkt – der Erweiterung der Auskunftspflicht bei Steuer- und Strafsachen – häufen. Als «gut» wurde der Informationsstand bezeichnet, wenn von einer «Lockerung» oder «teilweisen Aufhebung» des Bankgeheimnisses die Rede war. Tauchte die falsche Vorstellung auf, wonach eine «generelle Abschaffung» un-

\* Vgl. E. Gruner / H.P. Hertig: Der Stimmbürger und die «neue» Politik. Bern und Stuttgart 1983, p. 51ff.

abhängig von bestimmten Erwerbsformen, Berufsgruppen oder Einkommenslagen angestrebt worden sei, wurde das Wissen als «mittel» eingestuft. Bei den übrigen Inhalten war die Nennhäufigkeit unzureichender Vorstellungen über den Inhalt der Vorlage sehr gering; alle Antworten zu diesen drei Punkten wurden unter «gut» klassiert. Wo Angaben völlig ausgeblieben waren, konnte ein «schlechtes» Wissen über den Inhalt der Banken-Initiative angenommen werden.

Die hier vorgenommene Bewertung des Informationsstandes zeigt, dass etwa 3 von 4 Antworten zur Änderung des Bankgeheimnisses unzureichend waren. Die Hälfte der Urnengänger nahm die in diesem Punkte geforderte Reform als «Abschaffung des Bankgeheimnisses» wahr. Nur 17% konnten eine zutreffende Umschreibung geben; der Rest kannte diese Punkte nicht. Gesamthaft ergibt dies einen Drittel gut informierter Teilnehmer; die Hälfte der Urnengänger hatte ein mittleres Wissen und 12% konnten keine relevanten Angaben zum Inhalt machen.

Welche Erklärungen können für diese Unterschiede beim Informationsstand gegeben werden (vgl. dazu Tabelle 7)? Es erstaunt nicht, dass das Wissen mit zunehmender Schulbildung steigt. Hingegen sind die Zusammenhänge zwischen dem Informationsstand und der Parteisympathie sowie der bewohnten Landesgegend von Interesse:

- In der Westschweiz war ein guter Informationsstand selten (15%); unzutreffende Ansichten über den Inhalt der Reformvorschläge dagegen waren weit verbreitet. Die Gründe für diese Verschiebung können in der speziellen Medienlandschaft und in der geringeren Aktivität der Befürworter gesehen werden. In diesem Landesteil hatten die Initianten kaum eigene Abstimmungszeitungen über ihre Anliegen und Argumente

Tabelle 7 Informationsstand über den Inhalt der Banken-Initiative nach ausgewählten Merkmalsgruppen

Informationsstand	Total (N = Befragte)	Ausbildung (letztes besuchte Schule)				Landesteil	
		Hochschule Gymnasium	Berufsschule	Sekundarschule	Primarschule	Deutsche Schweiz	Welsche Schweiz
gut	29	42	30	20	17	33	15
mittel	48	49	48	49	46	46	54
schlecht	23	9	22	31	27	21	31

Informationsstand (Forts.)	SPS	Parteisympathie			Keine	Total	Urnengänger	
		CVP	FDP/LPS	Keine			Befürworter (N = Urnengänger)	Gegner
gut	40	31	30	22	34	56	27	
mittel	46	53	53	47	54	35	60	
schlecht	14	16	17	31	12	9	13	

herausgegeben, waren weniger bejahende Komitees gegründet und damit das Feld verstärkt den Gegnern und ihren Sichtweisen überlassen worden.

- Gesamtschweizerisch hatten die *Sympathisanten* der SPS das beste Wissen; allerdings erreichte auch hier der Anteil gut Informierter nur 40%. Obwohl eher durch einen höheren Bildungsgrad gekennzeichnet, verfügten die bürgerlichen Anhänger über den geringsten Informationsstand (FDP: 30% gut; CVP: 31% gut). Dies wird durch die stärker verbreiteten Unsicherheiten bezüglich der Änderungen beim Bankgeheimnis erklärt.

Wie sind die Ergebnisse zu interpretieren? Die Politisierung der Vorlage hat ergeben, dass potentielle Schwierigkeiten bei der Beurteilung der Banken-Initiative in hohem Masse über grundlegende politische Orientierungen wie die Partesympathien reduziert worden. Obenstehende Überlegungen zum Informationsstand machen deutlich, dass nicht nur die Motivlage davon beeinflusst war. *Auch die Bereitschaft, den Inhalt der Vorlage genau aufzunehmen und zu verarbeiten, wurde durch die politischen Prädispositionen gefiltert. Bezüglich der Lösungspräferenzen ergibt dies einen Wissensunterschied zugunsten der Befürworter.*

Die Entscheidungsfindung bei der Mehrheit der Teilnehmenden fiel in die Zeit des emotional geführten Abstimmungskampfes. Dabei gelang es den Initianten nur in beschränktem Masse, die von ihnen im Initiativtext festgelegte Stossrichtung gegen Missbräuche im Bankenwesen bekannt zu machen. Die polarisierte Stimmung förderte mehr die stereotype Meinungsbildung. *Primär war es die stark vereinfachende Ansicht, wonach die Initiative das Bankgeheimnis vollständig abschaffe, die im Bewusstsein der Teilnehmenden haften blieb und bei der Mehrheit als Entscheidungsgrundlage diente.*

#### 2.4 Generelle Einstellungen zum Bankenwesen und zu aktuellen Problemfeldern

Wegen der Konzentrierung der Auseinandersetzung auf die Frage des Bankgeheimnisses, erwies sich eine umfassendere Beurteilung des Abstimmungsergebnisses eher schwierig. Hier soll der Versuch unternommen werden, zusätzlich zur Abstimmungsanalyse einige *grundlegende Haltungen zum Bankenwesen und zu Problemfeldern im weitem Umfeld der Banken-Initiative zu erfassen und mögliche Konfliktlinien zu benennen* (vgl. Tabelle 8). Weil hier die in der direkten Demokratie wichtige Frage der *Wahrnehmung*, d.h. der Bekanntheit sowie der Entscheidungs- und Handlungsrelevanz nicht berücksichtigt werden muss, verstehen sich die Angaben als Richtwerte über die Verbreitung von Einstellungen, nicht aber als Prognosen über die Stabilität oder Zustimmung im Falle einer Volksabstimmung. Die Quoten werden deshalb auch nicht auf regelmässige oder aktuelle Urnengänger bezogen, sondern geben die Verhältnisse in der gesamten stimmberechtigten Bevölkerung wieder.

Die erste Gruppe von Vorgaben zu grundlegenden *Struktur- und Funktionsaspekten der Banken* in der modernen Gesellschaft drückt eine *hohe Zustimmung* zum schweizerischen Bankenwesen aus. Jeweils vier von fünf Befragten sehen dieses zweckmässig strukturiert und unterstützen kurz- und langfristige Funktionen der Banken für die Wirtschaft. Dabei sind die positiven Einschätzungen unabhängig von den untersuchten politi-

Tabelle 8 Generelle Einstellungen zu den Banken und ausgewählten Problemen

<u>Themenbereich</u> / Interview-Vorgabe	Grad der Zustimmung (Ja:Nein / Unentschieden) in % (N=Befragte)		potentielle Konfliktlinien und unterschiedliche Ja-Anteile
<i>Struktur und Funktion des Bankenwesens</i>			
<i>Zweckmässigkeit der bestehenden Struktur</i> «Unser Bankensystem mit grossen und kleinen, privaten und staatlichen Betrieben ist zweckmässig strukturiert.»	78:7	(15)	keine
<i>Langfristiger Funktionsaspekt in der Dienstleistungsgesellschaft</i> «Die Zukunft der schweizerischen Wirtschaft liegt im Dienstleistungsbereich und die Banken sind dabei wichtige Stützen für gutes Einkommen.»	81:8	(11)	keine
<i>Kurzfristiger Funktionsaspekt bei wirtschaftlichen Notlagen</i> «Gerade heute brauchen wir starke Banken, um die wirtschaftlichen Schwankungen nach Möglichkeit auszugleichen.»	79:11	(10)	keine
<i>Forderungen zu Problemlagen des Bankenwesens</i>			
<i>Obligatorische Sparerversicherung</i> «Die Banken sollten gezwungen werden, die Einlagen der Sparer gegen Bankzusammenbrüche zu versichern.»	70:18	(12)	keine
<i>Steuerhinterziehung durch Nummernkonti</i> «Man muss verhindern, dass Grossverdiener ihr un versteuertes Geld auf Nummernkonten verstecken.»	68:19	(14)	Landesteil: Dt. Schweiz 75:15 (10) Fr. Schweiz 46:30 (24) Parteisympathie:* mitte/links 85: 8 (7) mitte/rechts 64:25 (11) parteiunabhängig 61:20 (19)
<i>Illegale Kapitalflucht</i> «Man sollte unsern Banken die Möglichkeit nehmen, internationalen Schiebern Unterschlupf zu bieten.»	60:24	(15)	Landesteil: Dt. Schweiz 69:21 (10) Fr. Schweiz 34:36 (30) Parteisympathie: mitte/links 78:10 (12) mitte/rechts 58:34 (8) parteiunabhängig 53:25 (22)
<i>Transparenz der wirtschaftlichen Verbindungen</i> «Die Banken sollen ausweisen, wer von ihnen abhängig ist.»	37:41	(22)	Parteisympathie: mitte/links 51:34 (15) mitte/rechts 32:50 (18) parteiunabhängig 33:39 (28)



<i>Themenbereich</i> / Interview-Vorgabe	Grad der Zustimmung (Ja:Nein / Unentschieden) in % (N = Befragte)		potentielle Konfliktlinien und unterschiedliche Ja-Anteile	
<i>Kontrolle der Grossbanken</i> «Vor allem die Grossbanken sollten stärker kontrolliert werden.»	<b>42:43</b>	<b>(15)</b>	<i>Parteisymphathie:</i> mitte/links	57:27 (16)
			mitte/rechts	38:52 (10)
			parteiunabhängig	37:44 (19)
<i>Kontrolle der Kleinkredit-Banken</i> «Die Kleinkredit-Banken müssen schärfer an die Zügel genommen werden.»	<b>67:21</b>	<b>(12)</b>	<i>keine</i>	
<i>Verstaatlichung des Bankenwesens</i> «Es sollte nur staatliche Banken geben.»	<b>14:74</b>	<b>(13)</b>	<i>keine</i>	

\* Die Einteilung erfolgte gemäss dem mehrheitlichen Abstimmungsverhalten der Parteisympathisanten (vgl. Tabelle 4): «mitte/links»: LDU/EVP, SPS, POCH/PDA, GPS; «mitte/rechts»: CVP, FDP/LPS, SVP, NA/Vigil.; «parteiunabhängig»: Keine.

schen Konfliktlinien verteilt – also auch bei den Gegnern und Befürwortern der Banken-Initiative ähnlich.

Wesentlich kontroverser sind die Einstellungen zu *Problemfeldern und politischen Forderungen* im Bankenwesen. Von einer *Mehrheit* positiv beurteilt werden die Bekämpfung der Steuerhinterziehung durch Nummernkonten sowie Bestrebungen zur Verhinderung der illegalen Kapitalflucht. Die direkt formulierten Interview-Vorgaben fanden jeweils bei rund 2 Dritteln der Befragten eine Unterstützung; zirka 1 Fünftel lehnte sie ab. Allerdings muss hier nach Landesteilen und politischen Sympathien differenziert werden. In beiden Fällen skeptischer, mehrheitlich jedoch immer noch positiv, sind die Westschweizer, die Sympathisanten der bürgerlichen Parteien und die parteiungebundenen Urnengänger. Der Grund liegt in der verschiedenartigen Wahrnehmung der genannten Missstände. Wer sich zurückhaltend äusserte, sieht die Problemfelder eher genügend bekämpft und nimmt Verstösse mehr als Einzel- denn als Strukturaspekte wahr. Unabhängig von den untersuchten Konfliktlinien findet schliesslich die obligatorische Sparversicherung bei einer Mehrheit der Bevölkerung Sympathien.

Ein nochmals anderes Bild ergeben die Einschätzungen des staatlichen Einflussnahme auf die Banken. Mit einer Ausnahme wurden die vorgelegten Massnahmen jeweils nur von einer *Minderheit* unterstützt. Interessant sind hier die wechselnden Einschätzungen je nach Themenlage: Krass und über alle Konfliktfronten mehr oder weniger gleich verteilt, wird die Verstaatlichung der Banken abgelehnt. Weniger weitgehende Reformen wie die Transparenz über die wirtschaftlichen Verbindungen der Banken oder die verstärkte Kontrolle der Grossbanken werden jeweils von der politischen Linken unterstützt, von den Parteiunabhängigen und den bürgerlichen Sympathisanten allerdings abgelehnt. Klar positiv bewertet wird eine bessere Kontrolle von Kleinkreditbanken.

Die Gründe für die mehrheitlich ablehnenden Einstellungen zu staatlichen Einflussnahmen liegen in der Skepsis staatlicher Machbarkeit gegenüber. Nur leicht von den Parteisympathien beeinflusst, glaubt ein Drittel, der Staat könne im Bankenwesen als einziger unparteiisch nach dem Rechten sehen. Von den bürgerlichen Sympathisanten wird die Beeinflussung mit Ausnahme der erwähnten Kleinkredit-Institute als schädlich beurteilt, weil die Leistungsfähigkeit der Branche leide. Von linken Anhängern dagegen wird mehr der Nutzen betont. Für sie steigt das Vertrauen in einen Wirtschaftsbereich, der staatlichen Kontrollmassnahmen unterliegt. Schliesslich spielt auch die Wahrnehmung der Bankenmacht auf die Wirtschaft eine Rolle. Bürgerliche Anhänger finden, der Einfluss auf die Wirtschaft werde häufig übertrieben; linke Sympathisanten dagegen halten diese Aussage für gerechtfertigt. Einig sind sich jedoch alle in der Einschätzung, mächtig sei nur die Institution an sich, nicht aber die von ihnen bevorzugte Bank!

Tabelle 9 Ausgewählte Einschätzungen der staatlichen Einflussnahme auf die Banken nach Parteisympathien

Einschätzungen	Grad der Zustimmung nach Parteisympathien*		
«Nur der Staat ist in der Lage, im Bankensektor unparteiisch zum Rechten zu sehen.»	mitte/links	39:47	(14)
	mitte/rechts	28:59	(13)
	parteiuunabhängig	29:44	(27)
«Verstärkte Kontrolle der Banken schwächen deren Leistungsfähigkeit.»	mitte/links	45:41	(14)
	mitte/rechts	60:29	(11)
	parteiuunabhängig	49:38	(22)
«Man muss die Banken stärker kontrollieren, dann gewinnen sie stärker an Vertrauen.»	mitte/links	64:25	(11)
	mitte/rechts	31:60	(9)
	parteiuunabhängig	30:50	(22)
«Der Einfluss der Banken auf die Wirtschaft wird übertrieben dargestellt. In Wirklichkeit springen sie vor allem in wirtschaftlichen Notlagen ein.»	mitte/links	77:12	(11)
	mitte/rechts	51:39	(10)
	parteiuunabhängig	52:25	(23)
«Meine Bank ist mir zu mächtig, zu einflussreich.»	mitte/links	23:60	(17)
	mitte/rechts	13:76	(11)
	parteiuunabhängig	14:67	(19)

\* Für die Einteilung vgl. Tabelle 8.

### 3) Ausverkauf der Heimat

Mit 51,1% Nein- und 48,9% Ja-Stimmen wurde die *Initiative gegen den Ausverkauf der Heimat* nur ganz knapp verworfen. Etwas deutlicher war die Ablehnung bei den Ständen: 13½ Kantone sprachen sich gegen, 8½ für das Begehren der Nationalen Aktion aus.

Auch diesem Stimmenverhältnis kam unsere Nachbefragung der stimmberechtigten Bevölkerung sehr nahe: Von den Urnengängern, die sich über ihren Abstimmungsentscheid äusserten, hatten 52% Nein und 48% Ja gestimmt; rund 7% verweigerten die Angabe über ihren Entschluss.

Im folgenden sollen die nachstehenden Fragen geklärt werden:

- Welches waren die *Konfliktlinien* bei der Initiative gegen den Ausverkauf der Heimat?
- Wie lassen sich die handlungsrelevanten *Motive* beschreiben?
- Wie sind die Einstellungen zu ausgewählten Grundproblemen des *Grundstückverkaufs an Ausländer* verteilt?

#### 3.1 Die Konfliktfronten – Das Abstimmungsverhalten nach Merkmalsgruppen

Zur Kennzeichnung interessanter *Konfliktlinien* lohnt es sich, vorerst eine *regionale Betrachtung* der Abstimmungsergebnisse (vgl. auch *Tabelle 1*) anzustellen: Vollständig abgelehnt wurde die NA-Initiative in der Westschweiz. Hier variierten die Nein-Quoten zwischen 64 (GE) und 84% (VS). Damit war der Anteil verwerfender Urnengänger überall über dem deutlichsten Ergebnis in der deutschsprachigen Schweiz; hier differierte der Grad der Ablehnung zwischen 42 (SH) und 62% (AI). In beiden Landesteilen kann – auf einem unterschiedlichen Niveau allerdings – ein Stadt/Land-Gefälle beobachtet werden: Die Kantone mit grossen Agglomerationen wie Zürich, Basel und Bern befinden sich in der deutschsprachigen Spitzengruppe; gleiches lässt sich vom Kanton Genf in der Romandie sagen.

Bereits aus dieser regionalen Betrachtung wird ersichtlich, dass sich der *Grad der Ablehnung, respektive Zustimmung* entlang des Zentrum/Peripherie-Gefälles unterscheidet. Regionen, deren politische Kultur sich in irgend einer Weise von den mehrheitlich befürwortenden deutschschweizerischen-mittelländischen Zentren abgrenzen, verwarfen die Initiative. Dies stimmt sowohl für die katholische Innerschweiz als auch für die wirtschaftlichen Randgebiete der deutschsprachigen Landesteile; es lässt sich auf das Verhältnis der romanischen zur alemannischen Schweiz sowie auf die Besonderheiten der Kantone Jura und Wallis in der Romandie anwenden.

In der von uns vorgenommenen Analyse nach sozialen und politischen Merkmalsgruppen (vgl. *Tabelle 10*) wird das hier beobachtete Gefälle bestätigt: Evident ist der Unterschied entlang der Sprachgrenze; dagegen wird die Differenzierung entlang des Stadt/Land-Unterschiedes weniger sichtbar. Der Grund dafür liegt in der Befragtenzahl, die eine Untergliederung der Siedlungsstruktur nach Landesteilen nicht ermöglicht. Die Gegensätze zwischen städtischen und ländlichen Gebieten, die sich auf verschiedenen Niveaus abspielen, werden durch eine gesamtschweizerische Betrachtung eingebettet.

Tabelle 10 Das Stimmverhalten bei der Initiative gegen den Ausverkauf der Heimat nach Merkmalsgruppen

Merkmal	Gruppen	Stimmverhalten in % (N = antwortende Urnengänger)		Signifikanz des Merkmals in bezug auf den Entscheid Signifi- kanz- niveau	
		ja	nein	ja/nein	
Geschlecht	Männer	48	52	nein	
	Frauen	49	51		
Alter	20-39jährige	44	56	nein	
	40-64jährige	50	50		
	65-84jährige	52	48		
Berufliche Stellung	Selbständige/Angestellte und Beamte in leitender Stellung	48	52	nein	
	Angestellte und Beamte in mittlerer Stellung	46	54		
	Landwirte	47	53		
	Angestellte in einfacher Stellung	46	54		
	Arbeiter	55	45		
Ausbildung	Primarschule	47	53	nein	
	Sekundarschule u.ä.	47	53		
	Berufs-, Gewerbeschule	48	52		
	Gymnasium, Lehrerseminar u.ä.	49	51		
	Universität, ETH	54	46		
Eigentumsver- hältnisse	Eigentümer Einfamilienhaus	43	57	ja	0.10
	Mieter Einfamilienhaus	59	41		
	Mieter Mehrfamilienhaus	53	47		
Siedlungsart	Städtisches Milieu	50	50	nein	
	Ländliches Milieu	47	53		
Landesteil	Deutsche Schweiz	51	49	ja	0.05
	Welsche Schweiz	38	62		
Konfessions- zugehörigkeit	Reformierte Kirche	48	52	nein	
	Katholische Kirche	48	52		
Parteisym- pathie	CVP	47	53	ja	0.001
	FDP/LPS	33	67		
	SPS	57	43		
	SVP	44	56		
	(LDU/EVP)*	71	39		
	(GPS)	50	50		
	(POCH/PDA)	55	45		
	(NA/Vigil.)	100	0		
Keine	52	48			
Politische Integration*	Hoch	46	54	nein	
	Mittel	49	51		
	Tief	50	50		
Total	erhoben	48	52		
	effektiv	48,9	51,1		

\* Angaben zu Merkmalsgruppen, die in Klammern gesetzt sind, können nur als Tendenzen interpretiert werden, da die Zahl der Befragten keine weitergehenden Schlüsse zulässt.

\*\* Zur Definition der «politischen Integration» vgl. VOX, Analyse der eidg. Abstimmung vom 13. März 1977, S. 4f.

Allerdings zeigt die Tabelle 10 auch, dass bei der Initiative gegen den Ausverkauf der Heimat ein besonderes *Links-/Rechts-Profil* existierte. Sicher war die Polarisierung nicht so ausgeprägt wie bei der Banken-Vorlage. Immerhin verhielten sich die oben unterschiedenen drei Blöcke auch bei dieser Vorlage ähnlich:

- Abgelehnt wurde auch das NA-Begehren durch die *bürgerlichen Sympathisanten*; eher knapp waren die Verhältnisse bei der CVP und der SVP. Freisinnige Anhänger dagegen verwarfen die Vorlage zu zwei Dritteln; sie profilierten sich auch hier am deutlichsten.
- *Die Sympathisanten der Linken und der Kleinparteien* sind ihrerseits gesamthaft zu den Befürwortern des Begehrens zu zählen. Bei der SPS betrug der Anteil der Zustimmung 57%; bei den kleinen grünen und linken Gruppierungen kann tendenziell ein ähnliches Verhältnis angenommen werden, während sich die Anhänger des LdU und der EVP eher noch deutlicher für die Initiative aussprachen.
- Ganz knapp für die Vorlage stimmten auch die *Urnengänger ohne Parteisympathien* (52% Ja-Anteil).

Die einzige Abweichung gegenüber der Einteilung bei der Banken-Initiative stellen die Urheber der Vorlage, die *Nationale Aktion*, dar. Gehörte die äusserste Rechte bei der ersten Vorlage mehrheitlich zum verwerfenden bürgerlichen Block, so stimmten ihre Anhänger bei der Initiative gegen den Ausverkauf der Heimat entgegen der Meinungsbildung bei den bürgerlichen Sympathisanten klar dafür.

Ähnlich verteilt war das Ergebnis 1982 bei der Abstimmung über das *Ausländergesetz*. Damals fand die bundesrätliche Ausländerpolitik erstmals keine Unterstützung (50,9 zu 49,1 %); diesmal wusste die Landesregierung mit der Ablehnung der NA-Initiative eine hauchdünne Mehrheit hinter sich. Dennoch ist die politische Profilierung nur bedingt vergleichbar: Gelang es 1982 der opponierenden Nationalen Aktion insbesondere die Sympathisanten der SVP anzusprechen und durch eine verstärkte Opposition *von rechts* die bundesrätliche Vorlage zu Fall zu bringen, so sah sich die nationalistische Rechte diesmal einer einheitlicheren bürgerlichen Meinungsbildung gegenüber. Hingegen vermochten die Initianten mit der *Ausverkaufs-Thematik* – wenn auch mit modifizierten Begründungen – Mehrheiten der *SPS-Sympathisanten* und der nicht an der Regierung beteiligten *Kleinparteien* für ihr Anliegen zu gewinnen. Die parteiungebundenen Urnengänger verhielten sich in beiden Fällen ähnlich gespalten.

Die Besonderheiten der Initiative gegen den Ausverkauf der Heimat beruht also in der Überlagerung von regionalen Interessen und einer Links-/Rechts-Profilierung. Dem entspricht die bei ausländerzentrierten Vorlagen *unübliche geringe Polarisierung hinsichtlich sozio-ökonomischer Indikatoren*: Lehnten beim Ausländergesetz die Arbeiter die Vorlage zu 71%, die Rentner zu 66% ab, so waren es diesmal 55%, respektive 52% Zustimmung. Entgegen den üblichen Erfahrungen bei Abstimmungen, die das Verhältnis Schweizer/Ausländer ansprechen, blieb auch das *Alter* der Urnengänger gesamthaft nicht aussagekräftig.

Das Nein zur NA-Initiative wird man deshalb als *Nein der geografischen, ökonomischen und politischen Randgebiete sowie der bürgerlichen Sympathisanten* werten dürfen. Die politische Zentralkultur des deutschschweizerischen Mittellandes, die Linke, die partei-

ungebundenen Urnengänger sowie die Anhänger der Kleinparteien, gehörten mehrheitlich zu den Befürwortern der Initiative.

### 3.2 Spontan geäußerte Entscheidungsmotive

Die Mehrschichtigkeit der Konfliktlinien bei der Initiative gegen den Ausverkauf der Heimat lässt erahnen, dass auch die *Motivlage* vielfältig gewesen sein muss. Dieser Abschnitt beschäftigt sich mit der Frage, welche Ziele mit dem Entschluss, für oder gegen das Volksbegehren zu stimmen, angestrebt wurden.

Bei den *Gegnern* lassen sich eine ganze Reihe spontan geäußelter Motive unterscheiden: Für ein knappes Viertel war die *jetzige Praxis* bei der Bewilligung von Grundstück-

Tabelle 11 Entscheidungsmotive bei der Initiative gegen den Ausverkauf der Heimat

#### *Nein-Motive*

- Zufriedenheit mit dem jetzigen Zustand; Lex Furgler genügt	23 %
- Angst vor wirtschaftlichen Nachteilen	17 %
- für landwirtschaftliche Randgebiete (8%)	
- für Tourismus (7%)	
- anderes (2%)	
- Ablehnung der politischen Stossrichtung	23 %
- antiföderalistisch (7%)	
- ausländerfeindlich (6%)	
- aus Grundsatz gegen NA/Vigil. (10%)	
- Befürwortung gemässigter Reformen; Alternativen sind besser	19 %
- Übriges	14 %
- Kein Motiv, keine Angabe	4 %

#### *Ja-Motive*

- Generelle Unzufriedenheit mit dem jetzigen Zustand; Lex Furgler genügt nicht	24 %
- Knappheit des Bodens; Verhinderung der Landschaftsverhandlung	24 %
- Bekämpfung der Überfremdung	40 %
- Gegen Ausländer als Bodenbesitzer (23%)	
- Gegen Ausländer überhaupt (17%)	
- Übriges	6 %
- Kein Motiv, keine Angabe	6 %

verkaufen *befriedigend*; diese Gruppe wollte überhaupt nicht, dass die gültigen gesetzlichen Grundlagen geändert würden. Wer sich als Gegner im wesentlichen zum konkreten Reformvorhaben selbst äusserte, wählte eine der drei folgenden Begründungen:

- 17% lehnten die Vorlage ab, weil sie *negative wirtschaftliche Auswirkungen* befürchteten. Dabei wurde verständlicherweise die Tourismus-Branche am häufigsten erwähnt. Etwas allgemeiner war die Argumentation, wenn die landwirtschaftlichen Bergregionen generell angesprochen wurden.
- In politischer Hinsicht wurde das Verhältnis zwischen Zentren und Randgebieten mit den Motiven abgedeckt, die Vorlage sei antiföderalistisch orientiert, schwäche die Gemeindeautonomie und stärke die Dominanz des Bundes. Quantitativ waren sie allerdings mit 7% Nennhäufigkeit weniger wichtig als die ökonomische Zentrum/Peripherie-Begründung. Bei den verwerfenden *politischen Motiven* waren dagegen die Herkunft und die einseitige Stossrichtung der Initiative wichtig: Immerhin jeder 10. Gegner stimmte unabhängig von seiner Beurteilung des Inhalts Nein, weil das Volksbegehren von der nationalistischen Rechten lanciert worden war. 6% äusserten, der Inhalt sei ausländerfeindlich bis rassistisch; eine Ablehnung sei deshalb zwingend.
- Schliesslich spielte eine dritte Motivgruppe eine wichtige Rolle: Dass die Behörden rechtzeitig eine verschärfte Form der Lex Furgler als *informellen Gegenvorschlag* verabschiedet hatten, liess Argumente glaubwürdig erscheinen, wonach die NA-Initiative «zu weit gehe» oder «offene Türen einrenne». Diese gegnerische Gruppe, 19%, dürfte eigentlich zu den Unzufriedenen gezählt werden. Sie konnte sich jedoch nicht mit dem NA-Begehren identifizieren.

Die *Befürworter* können bezüglich der Motivlage in drei Gruppen gegliedert werden:

- Ohne eine bestimmte inhaltliche Richtung anzugeben, artikulierten ein Viertel der Ja-Stimmenden ein *Unbehagen* mit dem momentanen Zustand beim Grundstückverkauf; die geltende Lex Furgler wurde als ungenügend beurteilt, um den Handel mit Boden und Häusern hinreichend zu kontrollieren.
- Bei den beiden andern Motivgruppen war die Ursache der Unzufriedenheit pointierter auszumachen. Die mehr *landschaftsschützerischen Aspekte* wurden von 24% der Befürworter genannt. Sie verlangten, ausgehend von der Knappheit des Bodens, rechtliche Schritte zu erlassen.
- Dominierend war allerdings die mit der Vorlage angesprochene *Ausländerthematik*. Sie umfasste 40% der zustimmenden Motive; dabei fanden sich zwei Kernsätze praktisch gleich häufig: Ausländer sollten in der Schweiz keinen Boden besitzen dürfen, begründeten die einen; andere unterstützten die Vorlage schlicht als Beitrag zur Bekämpfung der Überfremdung in der Schweiz.

### 3.3 Ausgewählte Meinungen zum Grundstückverkauf an Ausländer

Zum Schluss wurde noch die Popularität häufig genannter Argumente zur Grundstückverkaufs-Thematik getestet. Die Initianten beklagten in ihren Schriften vor allem, die geltenden gesetzlichen Bestimmungen seien nicht wirksam genug und die Knappheit des Bodens mache ein Kaufverbot für Ausländer zwingend. Die Gegner ihrerseits stellten

während des Abstimmungskampfes das Unzeitgemässe der Vorlage in den Vordergrund. Letztes Jahr sei das massgebliche Gesetz verschärft worden und der Tourismus bilde auch heute eine wichtige Erwerbsquelle für wirtschaftliche Randgebiete.

Dass auch die *Gegner* der Initiative mit der bisherigen Praxis Mühe bekundeten, zeigt die Vorgabe 1 (Tabelle 12). Wenn auch weniger häufig als die Befürworter, so akzeptierten auch sie mehrheitlich den geäusserten Vorwurf, die bisherige Gesetzgebung könne viel zu leicht umgangen werden und genüge nicht mehr. Ebenfalls unterstützten sie zu knapp zwei Dritteln das Grundanliegen der Initianten, den Erwerb von Grundstück und Eigentumswohnungen durch Ausländer zu regeln (Vorgabe 2). Hingegen *lehnten* sie das *Ausmass des Begehrens* ab. Im Unterschied zur Mehrheit der Befürworter standen sie der Revision der Lex Fugler positiv gegenüber (Vorgabe 3); massgeblich dürfte dabei gewesen sein, dass sie - ebenfalls im Unterschied zu den Ja-Stimmenden - den Handel mit dem Boden in den schlechter gestellten Randgebieten als wirtschaftliche Notwendigkeit auffassten (Vorgabe 4). Ein Verbot, wie es die NA-Initiative verlangte, konnten sie nicht akzeptieren.

Tabelle 12 Meinungen zu Grundproblemen des Grundstückverkaufs an Ausländer

Vorgabe	einverstanden		nicht ein-		keine Meinung in %
		in %	verstanden	in %	
«Die geltenden gesetzlichen Bestimmungen für den Bodenverkauf an Ausländer können viel zu leicht umgangen werden.»	I	66	22	(12)	
	II	49	45	(6)	
	III	76	20	(4)	
«Der Boden in der Schweiz ist knapp. Es ist gut, wenn in Zukunft weder Grundeigentum, noch Eigentumswohnungen an nicht niedergelassene Ausländer verkauft werden dürfen.»	I	77	19	(4)	
	II	60	37	3	
	III	90	8	2	
«Die Forderungen der Initiative sind nicht mehr so wichtig, weil letztes Jahr das geltende Gesetz, die sogenannte 'Lex Fugler', verschärft worden ist. Dabei ist die Zahl der erwerbzbaren Grundstücke bereits stark herabgesetzt worden.»	I	49	35	(16)	
	II	67	25	8	
	III	32	60	8	
«Für die wirtschaftlich schlechter gestellten Randregionen ist der Verkauf von Boden auch in den schönsten Landschaften nötig. Er verschafft der Bergbevölkerung Verdienst und Arbeit.»	I	50	43	(7)	
	II	66	31	3	
	III	37	59	4	

I = **Stimmberechtigte Bevölkerung**; II = Urnengänger, welche die Initiative ablehnten; III = Urnengänger, welche die Initiative annahmen.



---

## Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 20. Mai 1984

### *Zusammenfassung*

Mit 73 % Nein- und 27 % Ja-Stimmen wurde die «Banken-Initiative» der Sozialdemokraten deutlich verworfen. Die Analyse möglicher Konfliktlinien stellte die Bedeutung grundlegender politischer Orientierungen für den Abstimmungsentscheid in den Vordergrund: Linke Sympathisanten und die Anhänger progressiver Kleinparteien stimmten – wenn auch nicht geschlossen – für die Initiative. Die Sympathisanten der bürgerlichen Parteien lehnten dagegen das Begehren fast vollständig ab. Für das klare Abstimmungsergebnis mitverantwortlich war das Verhalten der parteiunabhängigen Urnengänger; sie verwarfen das Volksbegehren zu drei Vierteln.

Nach spontan geäußerten Entscheidungsmotiven betrachtet, dominierte bei den Gegnern das Bürger/Staat-Verständnis aus liberaler Sicht. Am häufigsten genannt wurden Argumente wie, das Geld gehöre zur Privatsphäre, die weiterhin geschützt bleiben solle. Ebenfalls von Bedeutung war die Befürchtung, eine Annahme der SP-Initiative würde negative wirtschaftliche Konsequenzen nach sich ziehen. Die wesentlich grössere Bedeutung dieses Motivs in der Romandie erklärt weitgehend, warum die Westschweizer dem Volksbegehren noch skeptischer gegenüberstanden. Das Ziel, die Steuergerechtigkeit zu erhöhen, motivierte die Befürworter am stärksten. Dabei wurde die angestrebte Neuerfassung der Selbständigerwerbenden bei der Steuereinschätzung häufiger genannt als die Forderung, die illegale internationale Kapitalflucht zu bekämpfen. Erstaunlich ist, wie wenig entscheidend die sozio-ökonomische Stellung der Urnengänger war. Unterschichtsangehörige – eine Zielgruppe der Initianten – lehnten die Vorlage im Landesdurchschnitt ab. Positiver standen ihr die mittleren Angestellten und vor allem die Akademiker gegenüber; diese befürworteten die Initiative sogar mehrheitlich.

Die Analyse der Entscheidungsfindung bei der Banken-Initiative verweist auf ein bedeutsames Informationsproblem. In der Öffentlichkeit war massenwirksam nur die Änderung des Bankgeheimnisses bekannt geworden. Hier zeigte sich allerdings, dass drei von vier Ansichten über das Ausmass der verlangten Reform unzutreffend waren: 52 % der Urnengänger glaubten, mit der SP-Initiative werde das Bankgeheimnis vollständig abgeschafft; 17 % umschrieben die verlangte Lockerung bei bestimmten Erwerbsgruppen und ab einer minimalen Vermögenslage richtig. Genau gleichviele konnten auch eine der übrigen drei Forderungen zutreffend nennen. Nach Lösungspräferenzen gegliedert, ergibt sich bei den Befürwortern ein deutlich besseres Wissen über den Inhalt der Vorlage.

Unabhängig von der genauen Ausgestaltung im Initiativtext und der Bekanntheit am Ende des Abstimmungskampfes wurde auch die Aufnahmebereitschaft der Hauptstossrichtungen überprüft. Sie ergab mehrheitliche Sympathien für die Bekämpfung der Steuerhinterziehung sowie bei der Verhinderung der internationalen Kapitalflucht. Allerdings sind in beiden Fällen die Westschweizer und die Anhänger der bürgerlichen Parteien skeptischer

eingestellt. Sie nehmen die genannten Missstände eher als Einzelfälle denn als Struktur-  
aspekte wahr. Ablehnend sind die Einstellungen, wenn die staatliche Kontrolle des Banken-  
wesens angesprochen wird. Die Forderung nach erhöhter Transparenz wirtschaftlicher Ver-  
bindungen und einer generell verstärkten Kontrolle der Grossbanken finden nur bei den  
linken Sympathisanten eine Mehrheit. Zu grundlegenden Struktur- und Funktionsaspek-  
ten des Bankenwesens in der modernen Gesellschaft sind die Ansichten unabhängig von  
den untersuchten potentiellen Konflikten positiv.

Nicht vollständig unabhängig von dieser Vorlage verlief die Entscheidfindung bei der NA-  
Initiative gegen den Ausverkauf der Heimat. Auch dieses Begehren scheiterte am mehrheit-  
lichen Nein der bürgerlichen Sympathisanten. Parteiunabhängige Urnengänger verteilten  
sich je zur Hälfte auf die Befürworter und die Gegner, während die Linke gemeinsam mit  
den geschlossen auftretenden Initianten eher für die Vorlage stimmte. Die besondere  
Links/Rechts-Profilierung wurde allerdings durch regionale Besonderheiten überlagert.  
Landesgegenden, die sich in irgendeiner Art von der politischen Zentralstruktur des  
deutschschweizerischen Mittellandes unterscheiden, verwarfen die NA-Initiative. Hier  
wurden vor allem erwartete ökonomische Nachteile für den Tourismus und für die Berg-  
gebiete geltend gemacht oder die antiföderalistische Stossrichtung der Vorlage beklagt. Für  
die Ablehnung war auch bedeutend, dass die Thematik von der äussersten Rechten auf-  
gegriffen worden war. Die Befürworter ihrerseits nannten zuerst die Abwehr der Überfrem-  
dung. Etwas weniger häufig wurden mehr landschaftsschützerische Aspekte in den Vorder-  
grund gerückt. Wie wichtig der informelle Gegenvorschlag des Bundesrates durch die  
rechtzeitig abgeschlossene Revision der Lex Furgler war, zeigte sich daran, dass auch die  
aktuellen Gegner eine Wirkungslosigkeit bisheriger Massnahmen bejahten. Sie konnten  
sich allerdings das postulierte Verbot nicht unterstützen.

## Analyse de la votation fédérale du 20 mai 1984

### *Récapitulation des résultats principaux*

L'initiative socialiste «sur les banques» a été repoussée par 75 % contre 27 % du corps électoral. Le résultat de ce vote a été déterminé avant tout par la sympathie partisane : tandis que les sympathisants socialistes et les adhérents des petits partis «progressistes» ont largement plébiscité le projet, les adeptes des partis bourgeois l'ont en revanche massivement rejeté. Le comportement des électeurs sans attache partisane a également exercé une incidence notoire sur l'issue du scrutin. Trois quarts d'entre eux se sont en effet prononcés contre l'initiative.

Le processus de décision des adversaires a surtout été influencé par la vision libérale des rapports entre l'individu et l'Etat. Les motifs les plus invoqués se résument dans cette formule : l'argent appartient à la sphère privée des gens et celle-ci doit être préservée. Parmi les autres arguments avancés, les répercussions négatives de l'initiative sur l'économie ont été maintes fois mentionnées. Cette crainte explique en partie l'attitude plus réservée des Romands. Les adeptes du projet ont pour leur part davantage été sensibilisés par l'objectif poursuivi par les initiants de renforcer «l'égalité des contribuables devant l'impôt» que par le souci de lutter de manière plus draconienne contre les flux illégaux de capitaux. Contrairement à notre attente, la position socio-économique des électeurs n'a guère eu d'incidence sur l'issue du vote. Les différents groupes caractérisés ont en effet décliné dans des proportions semblables l'initiative. Seuls les cadres subalternes et les universitaires lui ont réservé un accueil plus favorable.

Dans l'analyse portant sur le comportement électoral nous nous sommes heurtés une fois de plus au problème de la diffusion de l'information. La grande majorité des citoyens ne connaissent de l'initiative que la partie réservée à la révision du secret bancaire. De plus, trois électeurs sur quatre étaient mal informés sur le contenu de cette réforme. Ainsi 52 % d'entre eux pensaient que l'initiative proposait l'abolition du secret bancaire, tandis que 17 % seulement avaient une compréhension exacte du contenu de cette révision. Par ailleurs, une proportion identique (17 %) de citoyens connaissait l'un des trois autres volets du projet. En d'autres termes, les électeurs qui ont voté en faveur de l'initiative socialiste étaient davantage informés sur son contenu que ses adversaires.

Mis à part la diffusion de l'information et la connaissance du projet au terme de la campagne, nous nous sommes également intéressés aux divers objets contenus dans le texte de l'initiative. Notre sondage indique qu'une majorité de citoyens serait favorable à un renforcement des prescriptions en matière de fraude fiscale et de fuite des capitaux. Seuls les Romands et les membres des partis bourgeois font preuve de scepticisme quant à l'efficacité de telles mesures. A leurs yeux en effet, ces délits relèvent plutôt de l'exception que d'un problème structurel. Nombre d'électeurs en revanche sont opposés à l'instauration d'un contrôle plus accru sur les activités bancaires. Les revendications portant sur une meilleure

transparence et plus généralement sur un renforcement du contrôle des grandes banques ne sont soutenues que par les adeptes des partis de gauche. Enfin, et indépendamment des clivages mentionnés, l'attitude face au système bancaire et à sa fonction dans une société moderne est largement positive.

Le comportement des électeurs à l'occasion du scrutin portant sur l'initiative populaire de l'Action nationale contre le bradage du sol national a été analogue à celui observé lors du vote sur l'initiative socialiste contre les banques. Ce projet a également été rejeté par les sympathisants des partis bourgeois. De leur côté, les électeurs sans attache partisane se divisaient en deux clans identiques, alors que la gauche et les milieux proches des initiants ont été plus enclins à l'approuver. Mis à part le clivage gauche/droite traditionnel, le régionalisme a joué un rôle important dans l'issue du scrutin. Toutes les régions dotées d'une culture politique différente à celle des contrées alémaniques du Plateau ont rejeté l'initiative de l'AN. Les adversaires ont évoqués avant tout les désavantages économiques qui en résulteraient pour le tourisme et les régions de montagne, ainsi que le caractère antifédéraliste du projet. Parmi les autres motifs invoqués, figure également l'argument selon lequel l'initiative émanait de la droite nationaliste. Les partisans ont souligné pour leur part la nécessité de lutter contre l'emprise étrangère et, dans une proportion plus faible il est vrai, de préserver le site naturel des régions menacées. Il est certain que les travaux relatifs à la révision de la Lex Furgler ont contribué en partie au rejet de cette initiative. Bon nombre de sympathisants potentiels ont jugé que les mesures contenues dans le projet de loi étaient suffisamment rigoureuses.







**PP**  
**8001 Zürich**

**Im Jahre 1978/1979 wurde VOX unterstützt von:**

Spenden von 2000 Franken und mehr:

*Firmen/Verbände:* SEVA Lotterie, Bern / Migros Genossenschafts-Bund / Schweiz. Bankverein, Basel / Schweiz. Bankgesellschaft, Zürich / Schweiz. Kreditanstalt, Zürich / Schweiz. Volksbank, Bern / COOP Schweiz, Basel / Winterthur-Versicherungen / Patria-Versicherungen / Wirtschaftsförderung Zürich-Genf

Spenden von 500–1500 Franken:

*Firmen/Verbände:* Hoffmann-La Roche, Basel / Dr. D. Bührle, Zürich / Sandoz, Basel / Eswa-Ernst, Stansstad / IBM, Zürich / Viscosuisse, Emmenbrücke / Alusuisse, Basel / Dr. C. Aebi, Burgdorf / Philip Morris, Lausanne / Rheinsalinen, Schweizerhalle / Bernische Kraftwerke / Nestlé, Vevey / SMUV, Bern / Schweiz. Gewerkschaftsbund, Bern

*Staatliche Stellen:* Kantonalbank Zug / Kantonalbank von Bern / Kantonalbank Zürich / Thurgauische Kantonalbank / Kantonalbank Basel-Stadt / Kanton St. Gallen / Stadt Basel / Kanton Zug / Kantonalbank Appenzell AR

Spenden von 200–400 Franken:

*Firmen/Verbände:* Wander AG, Bern / Sunlight, Zürich / Papierfabrik Biberist / Hero, Lenzburg / Weltwoche-Verlag, Zürich / Kümmerly & Frey, Bern

*Staatliche Stellen:* Kanton Solothurn / Stadt Solothurn / Kanton Uri / Kanton Basel-land / Stadt Zug / Stadt Schaffhausen / Kanton Schwyz



Unter dem Patronat des  
FORUM HELVETICUM

Zuschriften: Postfach 546, 8027 Zürich, ☎ 01/202 07 87  
Copyright by GfS und FSP

Abdruck auszugsweise mit Quellenangabe gestattet